# Die Gartenbauwirtschaft

Berufsständische Wirtschaftszeitung des deutschen Gartenbaues

HERAUSGEBER: REICHSVERBAND DES DEUTSCHEN GARTENBAUES E.V. BERLIN NW 40 · VERLAG: GÄRTNERISCHE VE… M.B.H. BERLIN NW 40

Nr. 6 • Jahrgang 1933 | 50. Jahrgang der „Berliner Gärtner-Börse" | Berlin, 9. Februar 1933


Dieser Nummer liegt bei: „Für den Obst- und Gemüseanbauer"

## Arbeitsausschuß für Obst- und Gemüseabsatz

(Deutscher Landwirtschaftsrat, Preußische Hauptlandwirtschaftskammer, Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft, Reichsverband des deutschen Gartenbaues e. V., Reichsverband landwirtschaftlicher Hausfrauenvereine, Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften — Raiffeisen — e. V.)

### Oeffentliche Tagung in Berlin

Am 20. und 21. Januar d. J. veranstaltete der Arbeitsausschuß für Obst- und Gemüseabsatz eine öffentliche Tagung, an der Vertreter des Reichslandwirtschaftsministeriums, anderer Behörden, der Spitzenorganisation des Gartenbaus und der Landwirtschaft, sowie zahlreicher Erzeugerorganisationen des Reiches, die sich mit dem Anbau und Absatz von Obst und Gemüse befassen, teilnahmen. Der Vorsitzende des Arbeitsausschusses, Reichsminister a. D. Dr. **Hermes** betonte in seiner Begrüßungsansprache, daß der deutsche Gartenbau an der Forderung eines angemessenen Zollschutzes und der Einfuhrkontingentierung festhalte. Durch einmütige Zusammenarbeit aller berufenen Organisationen müsse der berechtigte Anspruch auf besseren wirtschaftspolitischen Schutz in der Oeffentlichkeit und bei den amtlichen Stellen mit Nachdruck zur Geltung gebracht werden. Aufgabe des Berufsstandes sei und bleibe es, die notwendigen Selbsthilfemaßnahmen vorzubereiten und durchzuführen. Dabei werde er durch die intensive praktische Tätigkeit des Arbeitsausschusses wertvoll unterstützt.

Nach Eintritt in die Tagesordnung gab Direktor **Tenhaeff** in großen Zügen einen Ueberblick über das umfassende Arbeitsgebiet des Arbeitsausschusses, in dem er nur die Hauptaufgaben hervorhob, die den Ausschuß bisher beschäftigt haben. Soweit die Tagesordnung nicht Sonderreferate für die wichtigsten Punkte vorsah, berichtete er über: Kennzeichnungszwang für In- und Auslandsware, der angestrebt wird und z. Zt. im Reichslandwirtschaftsministerium zur Verhandlung steht; Marktschutzbestimmungen, für die ein wiederholt beratener Entwurf nunmehr dem Ministerium zur Beratung und Entscheidung vorliegt; Gebührenordnung für Sachverständige für Obst und Gemüse, die bei der Begutachtertätigkeit richtunggebend sein soll; Umsatzsteuerpflicht für Absatzorganisationen, für deren einheitliche Handhabung im Reichsfinanzministerium Verhandlungen eingeleitet sind; Kurzfunkdienst für Obst und Gemüse, für den im Deutschen Landwirtschaftsrat unter wahrscheinlicher Einbeziehung des Handels neue Grundlagen für die diesjährige Preisberichterstattung vorbereitet werden; Frühgemüsebaukredite, die durch Verhandlungen im Reichslandwirtschaftsministerium den Kreditnehmern wesentliche Erleichterungen in der Verzinsung und Abtragung der Reichskredite gebracht haben. — Im Mittelpunkt der Ausführungen Tenhaeffs standen die Pläne betreffend Ausbau der Organisation des Obst- und Gemüseabsatzes, die an Hand einer Vorlage eingehend erläutert wurden. Sie wurden nach einer sehr eingehenden Besprechung grundsätzlich gutgeheißen. Der Vertreter des Reichslandwirtschaftsministeriums, Ministerialrat Dr. Müller, erklärte, daß das Ministerium diesen Plänen mit Interesse und Wohlwollen gegenüberstehe. Er begrüßte es, daß er Gelegenheit habe, durch die Verhandlungen die Meinung der Praxis kennen zu lernen. — Ueber die Handelsbedingungen für Obst und Gemüse (Deutsche Vereinbarungen von 1933) berichtete Dr. **Thiel** vom Deutschen Landwirtschaftsrat. Er empfahl, die vorliegende, in wiederholten Verhandlungen des Arbeitsausschusses vorbereitete Fassung zunächst nicht mehr abzuändern, da sie nach Anhörung der beteiligten Organisationen der Erzeugerschaft nunmehr im Ausschuß für Handelsgebräuche beim Deutschen Landwirtschaftsrat mit dem Fachhandel beraten werden soll. Weitere Meinungsäußerungen zu der Vorlage sind aber dennoch erwünscht und sollen bis zum 15. Februar d. Js. beim Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften — Raiffeisen — e. V. eingereicht werden, damit sie gegebenenfalls bei den weiteren Beratungen berücksichtigt werden können. — In einem Referat: „Gemeinschaftlicher Spargelabsatz 1933" stellte Professor Dr. **Ebert** fest, daß die früheren Grundlagen des Spargelabsatzes in der Belieferung der Konservenindustrie durch den außerordentlichen Rückgang der Aufnahmefähigkeit derselben heute nicht mehr maßgebend seien. Die Anbauerschaft muß in Zukunft mehr noch als in den letzten Jahren den Frischmarkt beliefern und durch planmäßige Absatzorganisation, an der sich möglichst alle deutschen Spargelanbaugebiete beteiligen, die bestmögliche Verwertung ihrer Ernten zu erzielen suchen. Bis Mitte Februar soll endgültig festgestellt werden, wie groß die Beteiligung der Anbauer in diesem Jahre sein wird, damit danach die Verteilung der Mengen auf die Verbraucherplätze erfolgen kann. Zu einer Vorlage über „Reichseinheitsvorschriften für Sortierung und Verpackung von Obst und Gemüse" führte Prof. Dr. **Ebert** aus, daß sie das Ergebnis langjähriger Vorarbeiten und in der Praxis gesammelter Erfahrungen darstelle. Diese Vorschriften sollen auch die Grundlage bilden für Verhandlungen mit der Reichsbahn zur Einführung von Ausnahmetarifen für Standardobst- und -gemüse, wodurch sie für die Praxis besondere Bedeutung gewinnen. Die Kennzeichnung der Qualitäten und Größen bei Obst und Gemüse ist durch farbige Zahlen auf der Rückseite der Anhängeschilder von Packungen vorgesehen. Eine wertvolle Ergänzung zu den Ausführungen des Vortragenden bildete eine Sammlung des entsprechenden Verpackungsmaterials, die von der Technischen Abteilung für Betriebsmittel im Reichsverband des deutschen Gartenbaues e. V. geprüft und durch deren Leiter, staatl. dipl. Gartenbauinspektor **Demnig** vorgeführt und erläutert wurde. Dieser Punkt der Tagesordnung regte zu lebhafter Aussprache an, die das grundsätzliche Einverständnis mit den in Aussicht genommenen Maßnahmen ergab. — Abschließend gab Obstbaurat **Blaser**-Karlsruhe zum Thema „Deutsche Verladekontrolle für Obst und Gemüse" wertvolle Aufschlüsse über die Erfahrungen mit der Verladekontrolle in Süddeutschland, die Beispiel für deren Anwendung auf das gesamte Reichsgebiet sein soll.

Zusammenfassend sah Reichsminister a. D. Dr. **Hermes** in dem außerordentlich anregenden Verlauf der Tagung den Beweis dafür, daß sich der deutsche Gartenbau und innerhalb desselben der Obst- und Gemüsebau nicht selbst aufgeben, sondern mit ganzer Kraft um ihre Existenz ringen. Aus dieser Erkenntnis schöpfte er die Hoffnung auf eine bessere Zukunft für diesen wichtigen Zweig deutscher Boden- und Volkswirtschaft.

## Kurzberichte

Baumschulenbesitzer **Selmar Aschhoff**-Greußen ist zum stellvertretenden Vorsitzenden des dortigen Stadtrates gewählt.

*

An der Staatlichen Lehranstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau in Veitshöchheim b. Würzburg findet in der Zeit vom 6. bis 11. März 1933 für Baumwarte, Straßenwärter, Landwirte und sonstige Interessenten ein Sonderlehrgang über „Obstbau" statt. — Anmeldungen bitte bis spätestens 1. März an die Direktion der Lehranstalt richten.

*

**Der Obstbau und Obstertrag in Württemberg im Jahre 1932** zeigt einen weiteren Fortschritt in diesem obstbaulich wichtigen Lande. Es wurden ertragsfähige Obstbäume gezählt: Aepfel: 5 764 894 (1931: 5 735 832); Birnen: 2 228 897 (2 223 286); Pflaumen und Zwetschgen: 1 333 667 (1 370 408); Kirschbäume: 285 236 (291 142). Die Ernte des Jahres 1932 in Kernobst sowie in Pflaumen und Zwetschgen bleibt hinter dem Durchschnittsertrag der letzten 10 Jahre zurück, und zwar in Aepfeln um die Hälfte, in Pflaumen und Zwetschgen um 1/10, in Birnen um 6%. Der Geldwert des 1932er Obstes steht hinter dem Durchschnitt der 8 Vorjahre um 1 590 884 RM. = 13,6% zurück. (Mit. d. Württ. Stat. Landesamtes).

*

**Reichspräsident von Hindenburg** hat das Protektorat über die vom Juni bis Oktober in Hannover stattfindende Gartenbau-Ausstellung übernommen. Die Ausstellung wird veranstaltet aus Anlaß des deutschen Gartenbautages, der in Verbindung mit der 1. Reichsgartenbaumesse vom 16. bis 18. Sept. in Hannover stattfinden wird.

*

**Bei dem Ideenwettbewerb für die Gartenbau-Ausstellung in Hannover** wurde der 1. Preis dem Gartenarchitekten Wilh. Hübotter, Hannover-Kleefeld zuerkannt. 2. Preis: Architekt BDA. Adolf Springer, Gartenarchitekt Dipl. Ing. Langerhans, Architekt BDA. Waldemar Haack; 3. Preis: Gartenarchitekt D. Langerhans, Architekten BDA. Adolf Springer und W. Haack.

*

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Reichswirtschaftsminister empfing am Mittwoch, dem 8. Februar, Präsident Werner, Professor Dr. Ebert und Dr. Seidel, die ihm die wichtigsten wirtschaftspolitischen Forderungen des Berufs vortrugen.

*

Am 15. Januar fand in Leipzig eine Sitzung zur Gründung eines Gartenbau-Museums statt. Nähere Auskünfte erteilt die vorläufige Geschäftsleitung, Rud. Bebau, Magdeburg, Herderstraße 41, die auch Spenden entgegennimmt.

*

In der am 26. 1. 1933 in Hannover abgehaltenen Sitzung des Gesamtausschusses des Reichsverbandes wurde Reichsminister a. D. Dr. Hermes zum alleinigen Präsidenten gemäß der Satzungen gewählt. — Zugleich erfolgte die Wahl der Herren Verbandsdirektor von Knebel-Doeberitz (Pommern) und Verbandsdirektor Berg-Darmstadt (Hessen) zu stellvertretenden Präsidenten.

*

Eine nach Provinzen und Ländern geordnete Zusammenstellung der Preußischen Hauptlandwirtschaftskammer zeigt im Gesamt folgendes interessante Bild: In den Jahren 1927—1932 wurden 651 432 Bäume mit 11 231 807 Pfropfköpfen umgepfropft. Hierzu lieferten Reich und Länder RM. 597 158,17 Zuschuß.

## Spargelzüchter-Tagung in Magdeburg

Die diesjährige Wintertagung des Arbeitsausschusses für Spargelbau findet am

**16. Februar 1933, 14 Uhr, im Restaurant „Reichshallen" in Magdeburg, O.-v.-Guericke-Str. 18/19**

statt. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stehen Bericht und Stellungnahme zu dem Ergebnis der Braunschweiger Preisverhandlungen, die am 15. 2. 1933 stattfinden, und die Beratungen über die Frischmarkt-Absatzaktion 1933.

### Die Konservenindustrie im Monat Januar 1933

Der Absatz an Gemüsekonserven war im Anfang des Monats Januar, wie stets zu dieser Jahreszeit. Nachdem aber nunmehr in weiten Teilen des Reichs Frost und Schneefall eingetreten sind, hat sich im Konservengeschäft im letzten Januardrittel eine Belebung bemerkbar gemacht. Erfreulicherweise werden nicht nur billige Sorten gefragt, sondern auch bessere Erzeugnisse finden Absatz.

Auf dem Marmeladen- und Konfitürenmarkt hat sich eine weiter verschärfte Preisschleuderei bis zum Verlustgeschäft eingestellt. Der Hauptverbrauch wendet sich fast nur den billigen Waren zu. Das gleiche ist von dem Geschäft in Obstkonserven zu sagen.

Das Geschäft mit Fruchtsirupen ist wie immer in dieser Jahreszeit sehr still. Die Preise sind unverändert.

### Vorbereitungen zur Deutschen Woche 1933

Auf Einladung des Volkswirtschaftlichen Aufklärungsdienstes versammelten sich am 27. Januar 1933 aus allen Teilen des Reichs die Geschäftsführer der Landes- bzw. Provinzialarbeitsgemeinschaften Deutsche Woche, um Berichte über die Arbeit des verflossenen Jahrs zu erstatten und die Richtlinien für die kommenden Veranstaltungen festzulegen. Die Berichte zeigten einheitlich, daß der Gedanke der Deutschen Woche in allen Volksschichten stärksten Widerhall gefunden hat, und daß in allen Städten der Wunsch laut wurde, die Deutsche Woche im Jahre 1933 in noch größerem Rahmen zu wiederholen. Die Deutsche Woche soll in stärkerem Maße zukünftig in den großen Verbraucherzentren, insbesondere in den Industriestädten stattfinden. Zu begrüßen ist, daß eine Reihe von Länderregierungen, an der Spitze Preußen, durch entsprechende Verfügungen auch die Schulen im Dienst dieser gemeinsamen Sache wissen wollen.

### Verbilligung von Bodenuntersuchungen

Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat den Landesregierungen Mittel zur Verbilligung der Bodenuntersuchung zur Verfügung gestellt. Bei der großen Bedeutung, die eine Bodenuntersuchung für eine rationelle Düngung hat, insbesondere hinsichtlich der Bodenreaktion kann empfohlen werden, von dieser Gelegenheit weitgehendsten Gebrauch zu machen. In Preußen werden im laufenden Rechnungsjahr durch Reichszuschüsse für verbilligte Bodenuntersuchung bei den Versuchsstationen der nachgenannten Landwirtschaftskammern ausgeführt: Königsberg i. Pr., Berlin, Stettin, Breslau, Oppeln, Halle, Kiel, Hannover, Münster, Kassel und Bonn. Ferner erhalten die folgenden Versuchsanstalten die genannten Zuschüsse: Institut für Grünlandwirtschaft, Landsberg (Warthe) und die Mitscherlich-Gesellschaft beim Pflanzenbauinstitut der Universität Königsberg. Den außerpreußischen Landesverbänden ist zu empfehlen, sich mit den zuständigen Landwirtschaftskammern in Verbindung zu setzen, um festzustellen, ob auch dort Bodenuntersuchungen zu verbilligten Sätzen durchgeführt werden.

## Programme

Die Reichsregierung hat in ihrer von dem Herrn Reichskanzler im Radio mündlich bekanntgegebenen Erklärung mitgeteilt, daß sie ihre wirtschaftspolitische Hauptaufgabe darin sieht, den bedrohlich fortgeschrittenen wirtschaftlichen Verfall der deutschen Landwirtschaft und die herrschende Arbeitslosigkeit mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen. Die eindeutige Zielrichtung, die sich aus diesem Programm ergibt, wird seitens des Gartenbaus deshalb besonders begrüßt werden können, weil die Reichsregierung damit klar zum Ausdruck bringt, daß sie das volkswirtschaftlich schädliche wirtschaftspolitische System der einseitigen Ausfuhrförderung deutscher Industrieerzeugnisse zu Gunsten einer bewußten Förderung der bodenbearbeitenden Wirtschaftszweige aufgeben will. Diese Willenserklärung ist dem Gartenbau ungleich wertvoller als die ihm von den Vertretern früherer Reichsregierungen gegebenen positiven Zusagen, denen auf Grund der uneinheitlichen Einstellung des Reichskabinetts zu diesen Fragen bedauerlicherweise keine Taten folgten.

Wenn also das wirtschaftspolitische Programm der Reichsregierung als Zielsetzung ihrer Arbeiten aus diesen Gründen zu begrüßen ist, so ist andererseits auf Grund der besonderen Wirtschaftsverhältnisse des Gartenbaus die sofortige Inangriffnahme wirksamer wirtschaftspolitischer Hilfsmaßnahmen dringend erforderlich. Während die Landwirtschaft, soweit sie Getreidebau treibt, nur einmal im Jahre erntet, erntet der Gärtner in der Regel mehrmals im Jahre. Es ist deshalb für ihn von entscheidender Bedeutung, zu wissen, daß die für die Erzeugung aufgewandten Unkosten und Arbeitsstunden nicht wie bisher vielfach umsonst aufgewandt sein werden, sondern durch eine rentable Verwertung belohnt werden sollen. Der Gartenbau muß deshalb fordern, daß die Reichsregierung in Durchführung ihrer Zielsetzung umgehend von den ihr auf zollpolitischem Gebiet gegebenen Möglichkeiten Gebrauch macht, und darüber hinaus für die weiterhin handelsvertraglich gebundenen Gartenbauerzeugnisse die heimische Erzeugung durch angemessene Beschränkung der übermäßigen Einfuhr schützt. Als logische Ergänzung dieser beiden Forderungen ist außerdem erforderlich, daß eine erneute handelsvertragliche Bindung gartenbaulicher Erzeugnisse nicht eingegangen wird.

Der Wirtschaftsgrundsatz, daß die Bedarfsdeckung Aufgabe der Volkswirtschaft ist, ist als wichtigste wirtschaftspolitische Aufgabe im Wirtschaftsprogramm der NSDAP. festgelegt worden. Der Gartenbau hat diesen volkswirtschaftlichen Grundsatz dadurch befolgt, daß er in der Nachkriegszeit bewußt und mit allen Mitteln seine Erzeugung nach Menge und Güte auf einen Stand gebracht hat, der die Bedarfsdeckung des deutschen Volkes ermöglicht. Diese Möglichkeit ist in der im Oktober 1932 stattgefundenen Tagung der Fachabteilung für Gartenbau bei der Preußischen Hauptlandwirtschaftskammer von den dazu berufenen Vertretern des Gartenbaus grundsätzlich bejaht worden. Die Durchführung der Bedarfsdeckung ist jedoch nur unter der Voraussetzung möglich, daß die volle wirtschaftliche Verwertung der Gartenbauerzeugung zu rentablen Preisen durch einen angemessenen handelspolitischen Schutz, d. h. durch eine wirksame Drosselung des übermäßigen ausländischen Angebotes gewährleistet wird.

Der Gartenbau hat die Voraussetzungen erfüllt, die dem Programm der Reichsregierung zugrunde liegen. Bei seiner besonderen Bedeutung für die wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit muß er deshalb mit Recht erwarten, daß die Reichsregierung sein Vertrauen in die von ihr gekennzeichnete Wirtschaftspolitik durch eine umfassende und beschleunigte Durchführung seiner ihr vorliegenden wirtschaftspolitischen Forderungen rechtfertigt. Eine erneute Enttäuschung des Gartenbaus würde wirtschaftlich und politisch die Gefahren bedrohlich heranrücken lassen, deren rücksichtslose Bekämpfung und endliche Vernichtung sich die Reichsregierung in ihrem „Vier-Jahres-Programm" zum Ziele gesetzt hat.

Dr. S.

SLUB Wir führen Wissen. TU Berlin UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK DEUTSCHE GARTENBAUBIBLIOTHEK E.V.